

Sächsische Zeitung vom 23. Mai 2019:

„Fünf neue Fakten zum geplanten Industriepark“

Ja oder Nein zum IPO ist auch eine Glaubensfrage. Bei einem Forum in Pirna geht es zudem um sachliche Aspekte

Von Domokos Szabó

Über zwei Stunden Diskussion, geringer Erkenntnisgewinn – das ist das Fazit einer weiteren öffentlichen Diskussionsrunde zum geplanten Industriepark Oberelbe (IPO), zu dem am Dienstagabend die Kirchgemeinde nach Pirna-Copitz eingeladen hatte. Im Podium saßen fast ausschließlich Gegner der Investition am Pirnaer Autobahnzubringer wie Grünen-Politiker, Vertreter von Bürgerinitiativen und der örtliche Chef von Naturschutzbund Deutschland. Die drei Städte Pirna, Heidenau und Dohna, Initiatoren des Vorhabens, wurden allein von Projektsteuerer Manfred Elsner vertreten. Das Forum wurde auf Betreiben des NABU noch vor der Kommunalwahl am Sonntag durchgezogen, obwohl klar gewesen war, dass die Bürgermeister der drei Städte an diesem Abend verhindert waren. Die Sympathien des Publikums indes lagen klar bei den Gegnern. Donnernden Applaus gab es gleich zum Auftakt, als etwa Kirchenvorsteher Burkhard Huth vor den rund 100 Zuhörern das Bild eines alternativen Technologieparks entwarf, der auf innerstädtischen Brachen entstehen und kreativen Köpfen unternehmerische Entfaltungsmöglichkeiten bieten könnte. Reichlich zur Sprache kamen die bekannten Gegenargumente zum IPO: Verlust von Landwirtschaftsflächen, Versiegelung von Böden und mögliche negative Folgen für die Kaltluftentstehung. Dem steht die Aussicht auf Tausende neue besser bezahlte Jobs, mehr Wohlstand und mehr Steuereinnahmen gegenüber. Spürbar war, dass der IPO zu einer Glaubensfrage geworden ist. Ein Zuhörer meinte, man sollte lieber darüber nachdenken, wie es mit dem Wachsen weniger wird. Die einen glauben, der IPO sei sinnlose Naturzerstörung; die anderen, dass die Risiken beherrschbar und die Chancen gewichtiger sind. IPO-Projektsteuerer Elsner verzichtete auf eine Diskussion über Glaubensgrundsätze und ging sachlich auf die vielen Fragen aus dem Publikum ein. Dabei spielten auch diese Fakten eine Rolle:

Fakt 1: Kein Logistiker und keine Waffenfirma im IPO

Die Befürchtungen sind immer noch da – im IPO könnten sich Unternehmer ansiedeln, die weder hohe Löhne zahlen noch genug zur Entwicklung der Region beitragen. Die Rede ist beispielhaft von Logistikfirmen, aber auch Atommüll-Endlager ist in der Debatte am Dienstag gefallen. Projektsteuerer Elsner sagt, die Förderrichtlinie lässt nur produzierendes Gewerbe zu. Der Verband ist sich darüber hinaus einig, dass auch Betriebe der Rüstungsindustrie ausgeschlossen werden.

Fakt 2: Dresden kann die drei IPO-Städte nicht unterbuttern

Dresden ist anders als bei dem Forum vereinzelt behauptet, (noch) nicht Mitglied des IPO-Zweckverbandes. Dafür ist die Landeshauptstadt Kooperationspartner des Bündnisses. Das heißt: Dresden würde Investoren, die dort nicht mehr genug Flächen vorfinden, zum Zweckverband schicken. Selbst wenn Dresden nächstes Jahr dem Zweckverband beitreten sollte, was Ziel der Initiatoren ist, sollen die Mehrheitsverhältnisse so geregelt werden, dass kein Mitglied ein anderes überstimmen kann.

Fakt 3: IPO soll auch innerstädtischen Brachen helfen

Immer wieder wird auf kleinere und größere Brachen etwa in Heidenau verwiesen und vorgeschlagen, dass erst diese reaktiviert und der Industrie zur Verfügung gestellt werden. Die IPO-Initiatoren lehnen das ab. Weder könne man neue Industrie mitten in Wohngebieten etablieren, noch gäbe es zusammenhängende große Flächen, die größere Ansiedlungen ermöglichen würden. Aber die IPO-Planer beziehen jetzt bestehende städtische Brachen ein, wenn es

darum geht, Ausgleich für verlorene Äcker und Grünflächen zu schaffen. Eine Hürde dabei sind die Eigentumsverhältnisse. Erst müssen die Brachen aufgekauft werden (können), um Ruinen zu beseitigen und Grün zu schaffen.

Fakt 4: Für einen Großinvestor wäre der IPO schon wieder zu klein

Projektsteuerer Elsner sagt, dass der IPO mit Großansiedlungen wie etwa bei Leipzig nicht vergleichbar sei. Ein Autobauer zum Beispiel braucht bis zu 300 Hektar – im IPO wäre aber die größte Einzelfläche nur 60 Hektar groß. Ziel sei es, verschiedene Strukturen herzuholen. Die Rede ist oft von Hightech-Firmen, die an Dresdens Forschungslandschaft anknüpfen.

Fakt 5: Städte gehen nur wohl dosiert in Vorleistung

140 Millionen soll die Erschließung des kompletten Gewerbegebietes kosten. Nach heutigen Schätzungen müssen davon die Städte rund 50 Millionen Euro tragen. Grundstücksverkäufe und höhere Steuereinnahmen sollen das Geld wieder einspielen. Aber die Kosten fallen nicht alle auf einmal an. Es gibt vier verschiedene Bauabschnitte, so Elsner. Die finale Erschließung ist ohnehin erst dann möglich, wenn ernsthafte Interessenten vor der Tür stehen.